

R-14-V-14 Grenzenlos Queer: Solidarität mit LGBTQI* in Polen

Antragsteller*in: Alexander Kräß (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

Tagesordnungspunkt: TOP 2 Anträge

1 Nur wenige hundert Kilometer von Berlin entfernt, mitten in der Europäischen Union, werden
2 die Menschenrechte von Lesben, Schwulen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen sowie
3 anderen Queers (LGBTIQ*) mit Füßen getreten. Ihre Situation hat sich unter der aktuellen
4 Regierung massiv verschlechtert: Neben Angriffen auf CSDs und andere Pride-Veranstaltungen
5 gibt es vor allem eine große politische und rechtliche Diskriminierung und Ausgrenzung von
6 LGBTIQ* im öffentlichen Leben.

7 Konservative Gruppierungen versuchen mit aller Kraft, die Errungenschaften der polnischen
8 LGBTQI*-Community zurückzudrängen. Nachdem der Bürgermeister von Warschau 2019 eine queer-
9 freundliche Resolution unterzeichnet hat, um einer Richtlinie der
10 Weltgesundheitsorganisation zu folgen, gab es eine massive Gegenbewegung von
11 queerfeindlichen Politiker*innen in vielen Teilen des Landes. Diese Bewegung gipfelte darin,
12 dass sich zahlreiche Städte, Kreise und Woiwodschaften als sogenannte "LGBT+-freie Zone"
13 bezeichnen und einer vermeintlichen "LGBT+-Ideologie" entgegenwirken wollen.

14 Die betroffenen Gebiete behaupteten eine Frühsexualisierung von Kindern und Jugendlichen
15 durch die Verbreitung dieser "Ideologie". Mit dieser Begründung werden Ansprechpersonen für
16 junge queere Menschen aus Schulen verbannt und allgemeine Aufklärung und Hilfsangebote als
17 "Botschafter*innen der LGBT Ideologie" bekämpft. Teilweise wird auch die Nichteinstellung
18 queerer Lehrer*innen an Schulen gefordert.

19 Diese klar diskriminierenden Resolutionen werden von der nationalen Regierung Polens
20 unterstützt. Nicht zuletzt auch der Präsidentschaftswahlkampf war von erschütternden
21 Hetzkampagnen der regierenden PiS-Partei gegen LGBTIQ* geprägt.

22 Zwar wurden einige "LGBT+-freie Zonen" bereits von Verwaltungsgerichten für rechtswidrig
23 erklärt, jedoch ändert das in den konkreten Fällen zu wenig an der allgemeinen Situation von
24 LGBTQI* in Polen. Um diese nachhaltig zu verbessern, braucht es solidarisches Engagement,
25 Unterstützung für die Queer-Community vor Ort und Druck auf politische
26 Entscheidungsträger*innen.

27 Für eine queere Berliner Außenpolitik

28 Während die polnischen Partnerstädte Berlins kein Teil der "LGBT+-freien Zonen" sind, so
29 gibt es doch in den Partnerstädten der Bezirke einen Fall. Eine polnische Partnergemeinde
30 Steglitz-Zehlendorfs, Poniatowa, hat sich im letzten Jahr zu einer solchen Zone erklärt.

31 Als GRÜNE BERLIN begrüßen wir es, dass das Bezirksamt sich parteiübergreifend einstimmig
32 gegen diesen Beschluss gestellt und Gegenmaßnahmen gefordert hat. Wir unterstützen die
33 gemeinsame Erklärung des Lesben- und Schwulenverbands Berlin-Brandenburg (LSVD) zusammen mit
34 der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin (DPG), die wir als einen wichtigen Schritt sehen,
35 um auch in Polen Aufmerksamkeit dafür zu schaffen, dass es eine breite, parteiübergreifende
36 Mehrheit in den deutschen Partnerstädten sich gegen diese Resolution stellt.[1] Wir begrüßen
37 ebenfalls die Resolutionen des Europaparlaments, welches sich gegen die queerfeindlichen
38 Erklärungen gestellt hat und unterstützen auch die Entscheidung der Europäischen Kommission,
39 den entsprechenden polnischen Gemeinden keine Fondsmittel mehr zu genehmigen.[2]

40 Doch leider reichen solche Erklärungen allein nicht aus. Gerade die Tatsache, dass die
41 polnische Regierung den betroffenen Gemeinden zugesichert hat, die verwehrt europäischen

42 Fondsmittel zu ersetzen, zeigt, dass wir es bei einfachen Erklärungen nicht belassen können.
43 Queere Menschen in Polen brauchen unsere Unterstützung – sowohl politisch, als auch
44 praktisch.

45 Solidarität nicht nur sagen, sondern auch leben!

46 Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BERLIN verurteilen wir die queerfeindlichen Erklärungen und
47 Maßnahmen aufs schärfste. Wir solidarisieren uns mit queeren Pol*innen und setzen uns dafür
48 ein, die Community im Land zu unterstützen.

- 49 • Im Fall der Städtepartnerschaft mit Poniadowa sehen wir die Notwendigkeit, ein klares
50 Zeichen an queerfeindliche polnische Gemeinden zu senden, dass queeren Menschen vor
51 Ort auch tatsächlich hilft. Die bisherige Resolution des Bezirksamts war ein guter
52 Schritt dorthin. Da diese jedoch auf keine Reaktion gestoßen ist, brauchen wir weitere
53 Maßnahmen. Die überparteiliche Resolution der BVV ist hierfür wichtig - mit ihr muss
54 die Resolution Poniadowas scharf verurteilt und eine schnellstmögliche Rücknahme
55 gefordert werden. Nachdem die Partnerschaft lange Zeit still war, ist hiermit jedoch
56 nicht gesichert, dass dies in Poniadowa wahrgenommen wird. Gerade deshalb muss der
57 Bezirk weitere Maßnahmen ergreifen, um mit der polnischen Partnerstadt in direkten
58 Kontakt zu kommen, Gehör zu finden und queere Rechte anzusprechen. Für den Fall, dass
59 diese Maßnahmen nicht erfolgreich sind, muss sich der Bezirk eine klare Frist setzen,
60 nach der die Partnerschaft auf politischer Ebene ausgesetzt wird. Je nach der weiteren
61 Entwicklung vor Ort sind dann weitere Schritte im Austausch mit polnischen Queer-
62 Organisationen vorzunehmen.
- 63 • Unabhängig davon wollen wir in der Partnerschaft zwischen Steglitz-Zehlendorf und
64 Poniadowa, sowie bei den anderen polnischen Partnerstädten den
65 zivilgesellschaftlichen, kulturellen, schulischen und wissenschaftlichen Austausch mit
66 der polnischen Queer-Community verstärken. Denn in keinem Fall darf eine Aussetzung
67 oder Aufkündigung der Partnerschaft dazu führen, die queeren Pol*innen vor Ort allein
68 zu lassen. Um sowohl Austauschprogramme als auch den Kontakt mit queeren
69 Aktivist*innen und zivilgesellschaftliche Projekte zu queeren Themen zu ermöglichen
70 setzen wir uns als GRÜNE in den Bezirken und auf Landesebene dafür ein, dass
71 bezirkliche Strukturen hierfür geschaffen und Landesmittel für derartige
72 Austauschprojekte zur Verfügung gestellt werden – beispielsweise für Schulen, Museen,
73 Theater oder zivilgesellschaftliche Initiativen. Bis die aktuelle Pandemie-Lage
74 persönliche Begegnungen wieder zulässt, kann der Austausch bereits digital beginnen.
- 75 • Wir fordern, dass queere Themen insgesamt zu einem zentralen Bestandteil der
76 Partnerschaft mit polnischen Städten werden. Die Bezirksämter und der Berliner Senat
77 müssen diese Themen ansprechen und auch bei Besuchen vor Ort die Solidarität mit
78 lokalen Aktivist*innen deutlich machen. Insbesondere mit polnischen Städten und
79 Gemeinden, die sich besonders für den Schutz und die Menschenrechte queerer Personen
80 einsetzen, sollen Senat und Bezirksämter stärker in Dialog treten. Sie können sich
81 dabei gegenseitig unterstützen und von den gegenseitigen Erfahrungen lernen. Denn auch
82 in Berlin sind queer-feindliche Übergriffe leider noch an der Tagesordnung.
- 83 • Die Grundrechte queerer Menschen sind eines von vielen Themen, über die derzeit in
84 Polen heftig gestritten wird. Die aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen
85 zum Recht auf Abtreibung und körperliche Selbstbestimmung zeigen, dass es auch in
86 konservativen Kreisen keine geschlossene Weltanschauung gibt. Konservative
87 Hardliner*innen mögen zwar die Regierung dominieren, jedoch nicht die Bevölkerung.
88 Gerade deshalb brauchen wir mehr Zusammenarbeit statt weniger Zusammenarbeit. Wo

89 Partnerschaften auf Basis unserer gemeinsamen europäischen Werte bestehen, müssen wir
90 diese intensivieren, Austausch fördern und weiter ins Gespräch kommen. Wir fordern
91 deshalb den Ausbau von schulischen, kulturellen und zivilgesellschaftlichen
92 Kooperationen mit Institutionen polnischer Partnerstädte. Dabei muss auch immer die
93 Geschichte von LGBTQI* in beiden Ländern mit im Fokus liegen. Auch bei Klassenfahrten
94 oder Schulaustauschprogrammen sollen queere Themen angesprochen und behandelt werden.
95 Gerade im Dialog mit jungen Menschen können Vorurteile abgebaut und ein allgemeines
96 Verständnis und eine allgemeine Akzeptanz von LGBTQI* geschaffen werden.

97 Wir müssen ein klares Zeichen an unsere Partnerstädte senden, aber gleichzeitig auch bei uns
98 konsequent bleiben. Nur so können wir eine bunte, vielfältige Gesellschaft schaffen, bei der
99 alle Menschen ungeachtet von Geschlecht, Identität, sexueller Orientierung und Herkunft
100 teilhaben und mitgestalten können.

101 [1] [https://berlin.lsvd.de/neuigkeiten/gemeinsame-stellungnahme-der-deutsch-](https://berlin.lsvd.de/neuigkeiten/gemeinsame-stellungnahme-der-deutsch-polnischen-gesellschaft-berlin-und-des-lesben-und-schwulenverbandes-berlin-brandenburg/) polnischen-
102 [gesellschaft-berlin-und-des-lesben-und-schwulenverbandes-berlin-brandenburg/](https://berlin.lsvd.de/neuigkeiten/gemeinsame-stellungnahme-der-deutsch-polnischen-gesellschaft-berlin-und-des-lesben-und-schwulenverbandes-berlin-brandenburg/)

103 [2] https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-9-2020-004433_EN.html

Begründung

Erfolgt mündlich.